



Autor: David Schaffner
Tages-Anzeiger
8004 Zürich
tel. 044 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Auflage 173'877 Ex.
Reichweite 490'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 54'987 mm²
Wert 11'600 CHF

«Die Umverteilung findet oben statt»

SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi wehrt sich gegen den Vorwurf, die Schweiz verteile zu viel Geld des Mittelstands um.

Mit Barbara Gysi sprach David Schaffner

Dem Mittelstand bleibt manchmal kaum mehr Geld als Leuten mit tiefem Einkommen. Dies hat die Stiftung CH2048 in einer Studie errechnen lassen. Setzt sich die SP einseitig für Leute mit kleinen Einkommen ein?

Im Gegenteil, wir sind die einzige Partei, die sich für den Mittelstand engagiert. So haben wir uns in vielen Kantonen und Städten gegen Sparpakete eingesetzt, die Leistungen zuungunsten des Mittelstandes einschränken. Wir wehren uns etwa in vielen Kantonen gegen die Kürzung der Prämienverbilligungen für die mittleren Einkommen.

Die Stiftung moniert aber, es werde zu viel Geld umverteilt.

Das ist Unsinn, zumal die Berechnungen nicht von dieser Stiftung, sondern von der Universität St. Gallen stammen und somit ideologisch gefärbt sind. Wir stellen vielmehr fest, dass tiefe und mittlere Löhne in den letzten zehn Jahren kaum gestiegen sind und die Managersaläre um bis zu 30 Prozent zugelegt haben. Oben findet die Umverteilung statt. Gleichzeitig werden die Topsaläre vom Staat mit Samthandschuhen angefasst, da die bürgerliche Mehrheit fast überall Steuersenkungen für Reiche durchsetzt.

Der SP-Wähleranteil im Mittelstand ist von 26 auf 21 Prozent gesunken. Wie wollen Sie dort wieder zulegen?

Wir sind die einzige Partei, die in allen Einkommenssegmenten Rückhalt findet. Aber in unserer neuen Wahlplattform, die wir Mitte Februar vorstellen, befinden sich tatsächlich viele Vorschläge zur Stärkung des Mittelstandes. Die SP wird sich auf breiter Ebene für

die Lohngleichheit, für mehr sozialen Wohnungsbau, für höhere AHV-Renten und für ein kostenloses Betreuungsprogramm für Kinder einsetzen.

Die Löhne werden von Firmen bezahlt, nicht vom Staat. Kann die SP hier wirklich etwas tun?

Natürlich entrichten die Firmen die Löhne, der Staat muss aber die Rahmenbedingungen verbessern. Wir wollen endlich, dass die Lohngleichheit von Mann und Frau umgesetzt wird. Heute verdienen Frauen im Schnitt 20 Prozent weniger. Gehen ihre Löhne rauf, verfügen viele Familien und alleinstehende Frauen aus dem Mittelstand über mehr Geld. Überdies werden wir Druck machen, damit mehr Angestellte einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstehen.

Die Anzahl der GAV hat seit Anfang der Neunzigerjahre um ein Fünftel zugenommen. Hier wurde schon viel erreicht.

Die Situation hat sich verbessert, dennoch untersteht in der Schweiz nur die Hälfte der Arbeitnehmer einem GAV. In Österreich profitieren 90 Prozent der Angestellten. GAV sind das beste Mittel, um Löhne zu schützen und zu erhöhen sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Vor allem in der Informatik, im Detailhandel und in der Pflege, in der viele private Anbieter tätig sind, können wir für den Mittelstand noch viel erreichen. Handeln die Sozialpartner nicht freiwillig, muss die Politik den Druck erhöhen.

Belastend sind für den Mittelstand vor allem Krankenkassenprämien, Miete und Kinderbetreuung.

Das ist richtig, darum müssen in diesen Bereichen auch für den Mittelstand die Kosten runter. Bei den Gesundheitskosten fordern wir, dass die Prämien nicht

mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen. Heute sind es teilweise 15 Prozent. Wenn das so weitergeht, können mittelständische Familien die Prämien bald nicht mehr bezahlen.

Mieten und Krippenkosten legen meist Private fest. Was möchte die SP hier tun?

Bei den Mieten soll der Mittelstand vermehrt vom sozialen Wohnungsbau profitieren, etwa, indem wir bei Neueinzonungen und neuen Bauprojekten einen Anteil von 30 Prozent gemeinnützigem Wohnungsbau vorschreiben. Finanzieren können wir dies, indem wir im Sinne des verdichteten Bauens eine höhere Ausnutzung ermöglichen. Bei der Kinderbetreuung wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen, das für die Eltern unentgeltlich ist.

Das SP-Wahlprogramm liest sich wie eine Wunschliste. Wie soll das alles finanziert werden trotz starkem Franken und Standortwettbewerb?

Ein Teil der Vorschläge finanziert sich selbst. Wenn Eltern dank gutem Betreuungsangebot mehr arbeiten, bezahlen sie mehr Steuern und kommen beruflich weiter, was sich in Lohnerhöhungen und dann wiederum in höheren Steuern auswirkt. Für andere Ideen gilt, dass das Geld vorhanden ist. Wir müssen es einfach sinnvoll einsetzen. Bei der Armee können wir problemlos eine Milliarde sparen. Und bei der geplanten dritten Reform der Unternehmenssteuern wollen die Bürgerlichen ohne Not auf Milliarden verzichten. Schliesslich schlagen wir neue Abgaben vor wie die Erbschaftssteuer, über die das Volk im Juni abstimmt, oder die Finanztransaktionssteuer. Diese würde laut groben Schätzungen drei bis vier Milliarden bringen.

Autor: David Schaffner
Tages-Anzeiger
8004 Zürich
tel. 044 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Auflage	173'877	Ex.
Reichweite	490'000	Leser
Erscheint	6 x woe	
Fläche	54'987	mm ²
Wert	11'600	CHF



Die Kosten für Kleider können ein Haushaltsbudget ganz schön belasten. Foto: Johan Markusson (Plainpicture)



Barbara Gysi

Die 50-jährige frühere Sozialarbeiterin ist in Zürich aufgewachsen und lebt heute in Wil. Seit 2011 vertritt sie die St. Galler SP im Nationalrat, seit 2012 ist sie Vizepräsidentin der SP Schweiz.